

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	2
Wie die Briten sich die Zukunft nach dem Brexit ausmalen.....	2
Wichtige Entwicklungen	3
Theresa May erklärt Brexit-Verhandlungen zur Chefsache.....	3
UK Außenminister Hunt: Britische Bevölkerung gibt EU die Schuld.....	3
Keine Austrittszahlung ohne Deal.....	3
Michel Barnier zum Whitepaper.....	3
Bundesregierung reagiert auf White-Paper.....	3
DIHK bewertet Lage in London als "sehr unübersichtlich"	4
Irland bringt Verlängerung der Austrittsverhandlungen ins Gespräch	4
DIHK-Außenwirtschaftschef Treier rät zu Notfallplänen	4
Hintergrundmaterial	5
Briten legen WTO Entwurf für Marktzugangsbestimmungen vor.....	5
Referentenentwurf des Auswärtigen Amtes zu Regelungen in der Übergangsphase.....	5
Brexit-Studie des Hessischen Ministeriums	5
Brexit aus Sicht deutscher Unternehmen – Deloitte Studie.....	5
Einbruch der Direktinvestitionen in Großbritannien.....	5
Dies und Das	6
Facebook erhöht Investitionen im Vereinigten Königreich.....	6
Amazon UK-Chef warnt vor Unruhen nach Brexit.....	6
Briten sammeln Vorräte für Hard Brexit	6
Anguilla: Brexit schlägt Wellen in Übersee.....	6
Geldstrafe für Brexit-Kampagne Vote Leave.....	6
Verklagen statt Verhandeln – Trump gibt May Ratschlag	7
London ist beliebteste Stadt für die Arbeit – UK insgesamt fällt zurück.....	7
England riskiert Strafen bei Pro-Brexit-Gesängen während der WM.....	7
Londoner Finanzzentrum verliert Stellen durch Brexit.....	7
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien.....	8
Ressourcen.....	10

Thema des Monats

Wie die Briten sich die Zukunft nach dem Brexit ausmalen

Die britische Regierung veröffentlichte am 12. Juli ihr lange angekündigtes [White-Paper](#). Das Dokument gibt auf 104 Seiten Aufschluss darüber, wie die Briten ihre zukünftigen Beziehungen zur europäischen Union sehen. Neben sicherheitspolitischen und institutionellen Aspekten wird besonderes Augenmerk auf die künftige Ausgestaltung der ökonomischen Beziehungen gelegt.

Die Briten schlagen vor, eine Freihandelszone für Güter mit der EU zu errichten, um weiterhin eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu sichern. Für Finanzdienstleistungen sollen allerdings andere Regeln gelten – der allgemeine EU-Zugang entfällt. Das Vereinigte Königreich möchte zudem weiterhin an EU-Agenturen mitwirken, wie beispielsweise der Europäischen Chemikalienagentur, der Europäischen Agentur für Flugsicherheit und der Europäischen Arzneimittelagentur. Gleichzeitig möchten die Briten definitiv aus der europäischen Zollunion austreten.

In diesem Kontext sprechen sie sich für ein Facilitated Customs Arrangement (FCA) aus, das wie ein kombiniertes Zollgebiet wirken soll. Während sich die Briten wünschen, dass bilateraler Handel zwischen EU und dem UK nach wie vor zollfrei vonstattengeht, möchten sie künftig eigene Zölle auf außereuropäische Ausfuhren festlegen dürfen. Dies hätte zur Folge, dass auf Einfuhren aus Drittstaaten unterschiedliche Zollsätze erhoben werden, je nachdem, ob die Ware für die EU oder UK bestimmt ist. Die Briten wollen mit eigenem Sitz in der WTO eine selbständige Handelspolitik betreiben und Freihandelsabkommen mit anderen Staaten schließen.

Viele Vorschläge des White-Papers sind Neuland – etwa das Erheben von Zöllen an den Außengrenzen für den jeweils anderen. Konkrete Angaben zur Umsetzung sind jedoch nur unzureichend vorhanden. Unsicherheit bringt zudem, dass Großbritannien zwar grundsätzlich EU-Regelungen übernehmen, aber dennoch dem Parlament ein Mitspracherecht einräumen möchte. Dies wird früher oder später zu regulatorischen Unterschieden führen. Zudem bleibt aufgrund der politischen und personellen Entwicklungen im Vereinigten Königreich derzeit unklar, wie lange die Halbwertszeit der Vorschläge ist.

Jedenfalls ist auch nach Vorlage der lang erwarteten Vorstellungen der britischen Regierung ein Konsens zu wichtigen Fragen nicht in Sicht. Deshalb empfiehlt der DIHK allen Unternehmen, sich auf alle Brexit-Szenarien vorzubereiten. Unsere nun auch [als Online-Tool](#) verfügbare Brexit-Checkliste zeigt auf, wo es Anpassungsbedarf in den Unternehmen gibt.

Wichtige Entwicklungen

Theresa May erklärt Brexit-Verhandlungen zur Chefsache

Premierministerin Theresa May hat am 24. Juli angekündigt, [die Brexit-Verhandlungen in Brüssel persönlich zu führen](#). Der neu ernannte Brexit-Minister Dominic Raab solle ihr dabei als Stellvertreter zur Seite stehen. Seitens der Opposition erntete sie hierfür Kritik: Die Labour Party warf ihr vor, Raab so gleich zu Amtseintritt ins politische Abseits zu rücken. Bislang war das Brexit-Department der britischen Regierung für die Verhandlungen zuständig.

EU-Kommission veröffentlicht Papier zu No-Deal Brexit

Die europäische Kommission hat am 19. Juli einen [Überblick der Konsequenzen eines No-Deal Brexits](#) veröffentlicht. Das Dokument richtet sich an EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen und betont die realen Konsequenzen, die ein harter Brexit für Bürger und Unternehmen aller Größen mit sich ziehen würde. In diesem Kontext spricht die Kommission explizit für Unternehmen die Empfehlung aus, sich nicht auf eine mögliche Übergangsphase zu verlassen und sich auf alle Szenarien einzustellen.

UK Außenminister Hunt: Britische Bevölkerung gibt EU die Schuld

Bei seinem ersten Amtsbesuch in Berlin gab der neu ernannte UK Außenminister [im Gespräch](#) mit seinem deutschen Kollegen Heiko Maas am 23. Juli an, die britische Bevölkerung würde bei einem Austritt ohne Vertrag der Europäischen Union die Schuld geben. Er fürchte, dies könne die künftigen Beziehungen langfristig schädigen. Hierbei kritisierte er, dass die EU nur darauf warte, dass die Briten Zugeständnisse machen, ohne selbst einen Schritt auf sie zuzugehen und warnt vor einem „versehentlichen“ No-Deal Brexit.

Keine Austrittszahlung ohne Deal

[Brexit-Minister Dominic Raab](#) hat gedroht, die britische Regierung könne sich weigern, die Austrittszahlung in Höhe von 39 Milliarden Pfund zu zahlen, sofern keine Einigung bezüglich der Handelsbeziehungen erzielt werden kann. Er betont weiterhin, dass kein Deal besser als ein schlechter Deal wäre. Das Vereinigte Königreich würde sich nach einem kurzfristigen Schock [rasch erholen](#) und die britische Wirtschaft langfristig florieren.

Michel Barnier zum Whitepaper

Bei einer Pressekonferenz am 20. Juli fand [Brexit-Unterhändler Michel Barnier](#) klare Worte über das Whitepaper. Während er einige Vorschläge, wie beispielsweise zur Sicherheitszusammenarbeit, begrüßt, betont er, das Paper könne so nicht als Verhandlungsgrundlage dienen. Besonders im Bereich Handel und Zoll würde das Dokument mehr Fragen aufwerfen, als Antworten liefern. Zudem betont er, dass eine Lösung für die Nordirlandproblematik gefunden werden müsse.

Bundesregierung reagiert auf White-Paper

Nach Veröffentlichung des Whitepapers blieben viel Fragen offen, erklärt [Michael Roth, Staatsminister für Europa des Auswärtigen Amtes, in einem Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin](#). Er betont, dass der Brexit eine Tragödie für die EU sei und nun Nachteile minimiert werden müssten.

DIHK bewertet Lage in London als "sehr unübersichtlich"

"Große Fragezeichen" sieht [Martin Wansleben](#), Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages am 09. Juli bei den aktuellen britischen Vorschlägen zum Brexit – "in praktischer wie auch in politischer Hinsicht". Auch das [vorgestellte Whitepaper](#) zum EU-Austritt Großbritanniens schafft nach seiner Einschätzung keine Klarheit, wie der Brexit gelingen kann.

Irland bringt Verlängerung der Austrittsverhandlungen ins Gespräch

Der irische Premierminister [Simon Coveney](#) zweifelt an der Umsetzbarkeit der von den Briten im Whitepaper vorgelegten Entwürfen. Besonders für die komplexe Nordirlandfrage seien bisherige Lösungsvorschläge unzureichend, so der Premierminister. Er sei allerdings überzeugt davon, dass das Vereinigte Königreich sich keinen Hard Brexit leisten könne. Eine Verlängerung der in Artikel 50 des EU-Gesetzes festgelegten Austrittsverhandlungsperiode würde Irland grundsätzlich unterstützen.

Nordirische Staatssekretärin trifft Barnier

Karen Bradley, [Staatssekretärin](#) für Nordirland, traf am 25. Juni Michel Barnier, um zu betonen, dass die britische Regierung einer Backstop-Lösung, wonach Nordirland auch nach dem Brexit Teil der EU-Zollunion wäre, nicht zustimmen werde. Jeder Deal müsse die „Integrität des Vereinigten Königreichs“ anerkennen. Sie bekräftigte die Position der britischen Regierung „einen Vertrag abzuschließen, der für alle Teile des Vereinigten Königreichs gilt“. Dazu gehöre die Verpflichtung der Regierung, eine harte Grenze zwischen Nordirland und Irland zu vermeiden und die verfassungsmäßige und wirtschaftliche Integrität des Vereinigten Königreichs insgesamt zu wahren.

DIHK-Außenwirtschaftschef Treier rät zu Notfallplänen

Hiesige Unternehmen mit Großbritannien-Geschäft sollten nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) nicht darauf hoffen, dass der EU-Austritt der Briten noch gestoppt oder durch weitreichende Freihandelsabkommen abgedeckt werden könnte. "Der Aufprall wird kommen", [sagte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier](#) am 06. Juli der "Süddeutschen Zeitung", "und Firmen sollten möglichst schnell Notfallpläne für ihr Geschäft mit Großbritannien entwickeln."

Hintergrundmaterial

Whitepaper zur Implementierung des Brexit-Abkommens

Die britische Regierung hat am 24. Juli ein [weiteres Whitepaper](#) veröffentlicht, in dem dargelegt wird, wie ein Brexit Abkommen mit der Europäischen Union in die britische Gesetzgebung implementiert werden kann.

Briten legen WTO Entwurf für Marktzugangsbestimmungen vor

Das Vereinigte Königreich hat am 24. Juli der [WTO](#) einen Entwurf des Zeitplans bezüglich der Marktzugangsbestimmungen für Güter nach dem Brexit vorgelegt. WTO-Mitglieder haben nun drei Monate Zeit, den Plan zu bewerten.

Referentenentwurf des Auswärtigen Amtes zu Regelungen in der Übergangsphase

Angesichts der noch unklaren Verhandlungssituation, hat das Auswärtiges Amt Mitte Juli, in Abstimmung mit allen Bundesressorts und dem Bundeskanzleramt, einen [Referentenentwurf](#) vorgelegt. Dieser soll für Rechtsklarheit in der möglichen Übergangsphase, die nach Austritt des Vereinigten Königreichs ab März 2019 angedacht ist, sorgen. So legt der Entwurf beispielsweise fest, dass die Bezeichnung EU-Mitgliedsstaaten im Bundesrecht bis zum Ende des Übergangszeitraums auch noch das Vereinigte Königreich inkludiert. Außerdem sollen britische Staatsangehörige, die einen Einbürgerungsantrag stellen wollen, bis zum Ende des Übergangszeitraums nicht gezwungen sein, ihre britische Staatsbürgerschaft aufzugeben.

Brexit-Studie des Hessischen Ministeriums

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung hat im April eine [Studie](#) mit dem Titel „Hessen und der Brexit: Ein Jahr nach dem Austrittsantrag“ veröffentlicht. In diesem werden die hessisch-britischen Handelsbeziehungen, Auswirkungen der möglichen Brexit-Szenarien auf Hessens Wirtschaft näher beleuchtet, sowie die Sicht der hessischen Unternehmen auf das Thema analysiert.

Brexit aus Sicht deutscher Unternehmen – Deloitte Studie

Die Unternehmensberatung Deloitte hat im Juni in der [achten Ausgabe ihrer Brexit Briefings](#) eine Studie veröffentlicht, die sich mit der Sicht der Unternehmen in Deutschland auf den Brexit und dessen Folgen beschäftigt. Als Basis dient eine Umfrage, in Rahmen derer im Juni 239 deutsche Großunternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich befragt wurden.

Einbruch der Direktinvestitionen in Großbritannien

Die Anzahl an [ausländischen Direktinvestitionen](#) ist seit dem Brexit-Referendum 2016 um 80 Prozent zurückgegangen. Dies geht aus einer noch unveröffentlichten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hervor. Während zwischen 2010 und 2016 jährlich 66 Milliarden in das Vereinigte Königreich investiert wurden, beträgt die Summe seit 2016 nur noch 15 Milliarden jährlich.

Dies und Das

Facebook erhöht Investitionen im Vereinigten Königreich

[Facebook](#) hat in drei neue Gebäude in London investiert und so seine Gebäudefläche in der britischen Hauptstadt verdoppelt. Zu Ende des Jahres sollen statt 2.300 in Zukunft 6.000 Mitarbeiter in London beschäftigt werden. Angesichts des bevorstehenden Brexits ist dies auch eine symbolische Geste und demonstriert Loyalität gegenüber dem Vereinigten Königreich. Steve Hatch, Facebooks Nordeuropa-Chef, betont, dass UK für Technologieunternehmen einer der besten Standorte weltweit sei und das Unternehmen langfristig dort investieren wolle.

Amazon UK-Chef warnt vor Unruhen nach Brexit

Der Online-Riese Amazon hat am 23. Juli seine [Bedenken](#) bezüglich der unklaren Brexit-Verhandlungssituation geäußert. Auf einer Veranstaltung bewertete Amazon UK Country Manager Doug Gurr die Gefahr eines No-Deal Brexit als unterschätzt und warnte Brexit-Minister Raab vor Unruhen innerhalb der Bevölkerung. Zudem gab er wohl an, dass das Unternehmen sich auf das Worst-Case Szenario vorbereite. Eine offizielle Bestätigung seiner Aussagen seitens des Unternehmens liegt allerdings nicht vor.

Briten sammeln Vorräte für Hard Brexit

Um einer möglichen Unterbrechung der Warenströme im Falle eines Hard-Brexits vorzubeugen, ist [die britische Regierung](#) bemüht, Vorräte an Blut, medizinischen Geräten sowie verarbeiteten Lebensmitteln anzuhäufen. Von Hamstern kann laut Brexit-Minister Raab zwar nicht die Rede sein, die Regierung ist allerdings mit entsprechenden Zulieferern in engem Kontakt.

Anquilla: Brexit schlägt Wellen in Übersee

Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs hat nicht nur Auswirkungen in Europa – auch Bewohner des britischen Überseegebiets Anguilla, welches zum Hoheitsgebiet UKs gehört, [melden sich nun zu Wort](#).

Die kleine Karibikinsel liegt unmittelbar neben der französischen Insel Saint-Martin – fast alle Güter werden von den französischen Nachbarn importiert. Zudem ist die EU der größte Geldgeber für Entwicklungshilfe. Nun werden Stimmen, die Unabhängigkeit von der britischen Krone fordern, lauter.

Geldstrafe für Brexit-Kampagne Vote Leave

Die [Brexit-Kampagne Vote Leave](#) wurde am 17. Juli zu einer Geldstrafe in Höhe von 61.000 Pfund verurteilt. Ihr wird vorgeworfen mehr als 675.000 Pfund an das Datenunternehmen Aggregate IQ gezahlt zu haben, ohne diese Ausgaben zu deklarieren. Das kanadische Unternehmen hatte bereits bei der letzten US-Präsidentschaftswahl für Schlagzeilen gesorgt. Insgesamt habe die Kampagne somit die erlaubte Ausgabengrenze um 500.000 Pfund überstritten.

Verklagen statt Verhandeln – Trump gibt May Ratschlag

Nach ihrem Zusammentreffen am 13. Juli kritisierte US-Präsident Donald Trump bereits, dass die britische Premierministerin Theresa May seine [Ratschläge](#) für den Brexit ausgeschlagen hätte, weil diese ihr zu brutal wären. Nun gab May bekannt, dass Trump ihr empfohlen hätte, die EU zu verklagen, anstatt auf Verhandlungen einzugehen. Die Premierministerin betont allerdings, dass dies auf keinen Fall eine Schiene sei, die sie fahren möchte.

London ist beliebteste Stadt für die Arbeit – UK insgesamt fällt zurück

London wurde in der größten Studie über Migrationstrends in der Arbeitswelt der Boston Consulting Group zur [beliebtesten](#) Stadt der Welt für Arbeit gekrönt, aber die Popularität von UK insgesamt ist gesunken. Laut der Studie wurde Londons Bedeutung als globale Finanz-, Unternehmens- und Kulturhauptstadt nicht durch den Brexit getrübt. UK insgesamt ist aber vom zweiten Platz der beliebtesten Länder für ausländische Arbeiter auf Rang fünf gefallen. Die Bereitschaft britischer Arbeiter im Ausland zu arbeiten sei jedoch stark angestiegen – von 44 (2014) auf 62 Prozent (2018).

England riskiert Strafen bei Pro-Brexit-Gesängen während der WM

England-Fans wurden gewarnt, dass Pro-Brexit-Gesänge beim [WM-Spiel](#) gegen Belgien Strafen durch die Fifa zur Folge haben werden. Der Vorstand sagte, der Fußballverband werde sanktioniert werden, wenn bezüglich der „Anzeige von beleidigenden oder politischen Slogans in irgendeiner Form“ und „beleidigende Worte oder Geräusche“ während des Spiels am 28. Juni gegen die Regeln verstoßen werden würde.

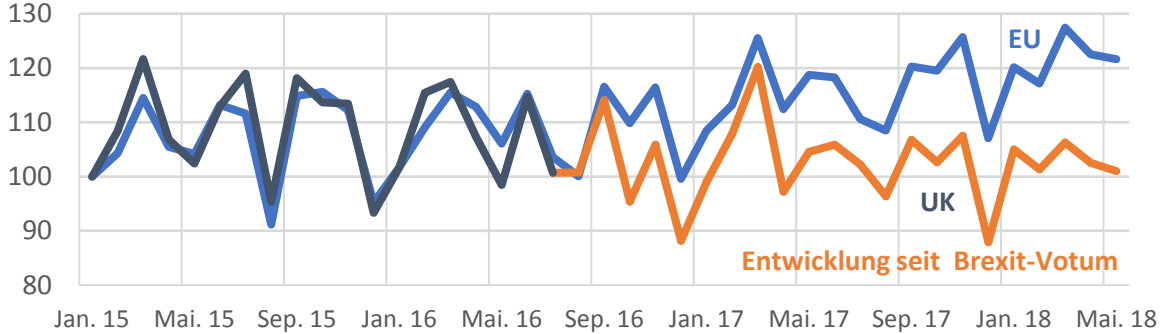
Londoner Finanzzentrum verliert Stellen durch Brexit

Die politische Repräsentantin der City of London, [Catherine McGuinness](#), erwähnte am 24. Juli vor dem Brexit-Ausschuss des Parlaments, dass das Londoner Finanzzentrum aufgrund des Brexits 3500 bis 12000 Arbeitsplätze an EU-Länder verlieren könne. Bereits bis jetzt hat die Londoner Finanzbranche rund 1600 Jobs verloren. Dies werde wohl anderen europäischen Finanzzentren wie Frankfurt am Main zugutekommen. Erstmals erwarte McGuinness allerdings keinen großen „Brexodus“.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

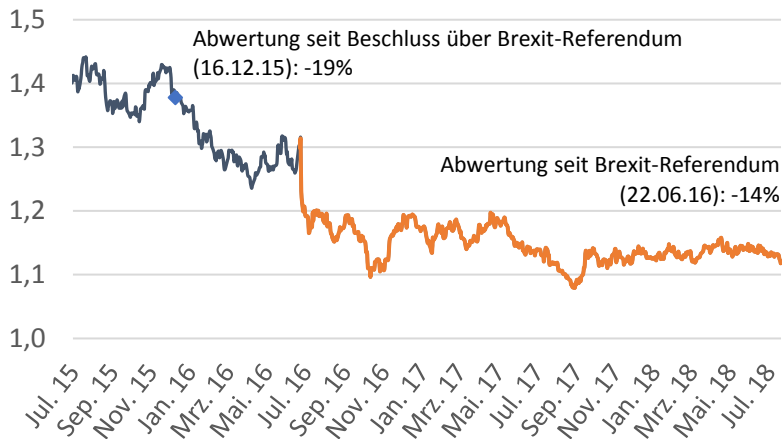
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Der Rückgang der deutschen Exporte nach Großbritannien setzt sich fort. Die Ausfuhren fielen in den ersten fünf Monaten des Jahres um 2% schwächer aus als im Vorjahreszeitraum. Für die EU ergibt sich hingegen ein Plus von 5%. Bereits in den letzten beiden Jahren waren die Exporte nach Großbritannien deutlich gesunken (2017: -1,7%, 2016: -3,5%). Dementsprechend ist Großbritannien auf der Liste der wichtigsten Handelspartner im letzten Jahr von Platz drei auf Platz fünf abgerutscht.

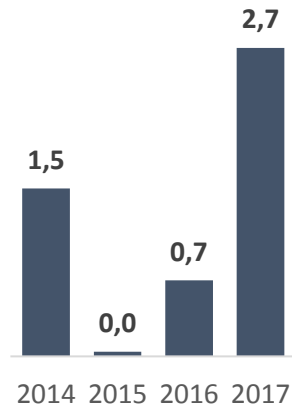
Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 20.07.18)



Inflation

(Quelle: IMF)

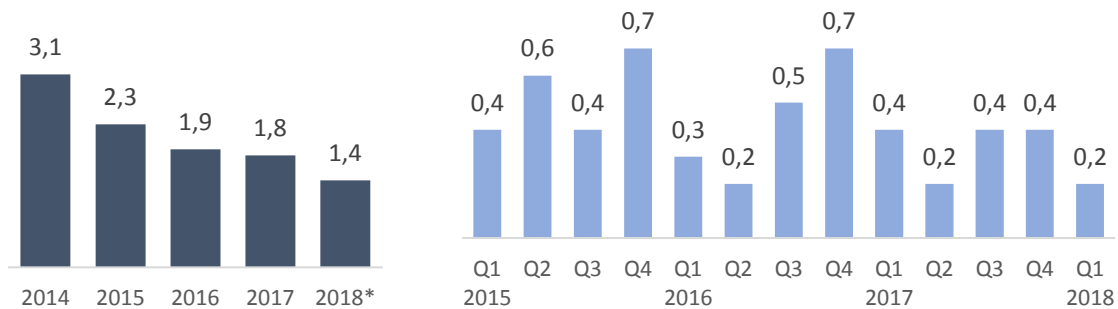


DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#);

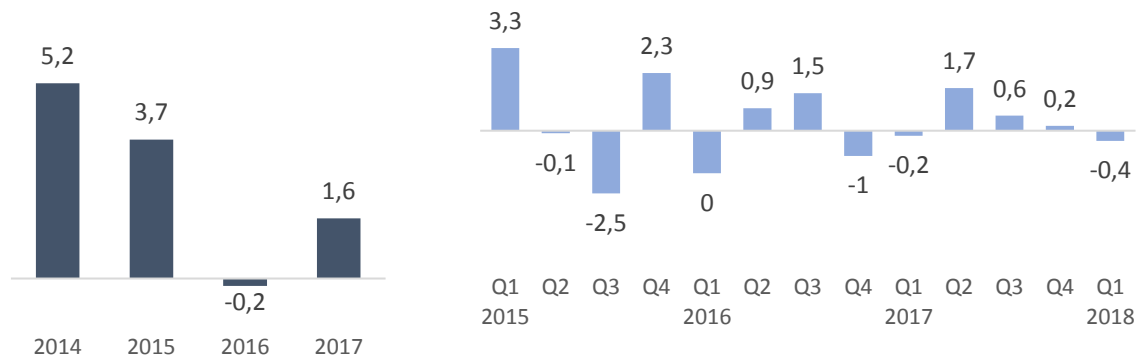
*IWF-Prognose)



DIHK-Kommentar: Das Wachstum der britischen Volkswirtschaft fiel im ersten Quartal 2018 mit 0,2% deutlich geringer aus als im Rest der EU (0,4%). Auch im weiteren Jahresverlauf dürfte das BIP in Großbritannien mit 1,4% weiterhin unterdurchschnittlich wachsen (IWF-Prognose für die EU: 2,5% in 2018).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Im ersten Quartal 2018 sind die gewerblichen Investitionen in UK gesunken. Auch 2017 sind sie weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die stockenden Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>